

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/231

3. Dezember 1973

Die Mitbestimmung kommt

Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit be-
stimmen

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Staat profitiert nicht an steigenden Ölpreisen

Klärende Feststellungen zu aktuellen Steuerpro-
blemen

Von Rainer Offergeld MdB
Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des
Bundestages

Seite 3 und 4 / 69 Zeilen

Energiekrise und Entwicklungshilfe

Neue Partnerschaft zum gemeinsamen Wohl notwendig

Von Alwin Brück MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 82 Zeilen

Die Mitbestimmung kommt

Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit bestimmen

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Vorsitzenden der beiden Koalitionsparteien SPD und FDP, Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesminister Walter Scheel, haben am 1. Dezember die Probleme geprüft und erörtert, die für die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung in größeren Unternehmen gelöst werden müssen. Die Bundesminister Arendt, Maihofer und Friderichs, die stellv. Parteivorsitzenden von SPD und FDP, Ministerpräsident Kühn und Bundesminister Genscher, und die Vorsitzenden der beiden Fraktionen von SPD und FDP im Bundestag nahmen an diesem Gespräch teil.

Nach drei Stunden war das Ergebnis klar: Die beiden Koalitionspartner sind überein gekommen, das Ergebnis der Verhandlungen nunmehr in die Gesetzesformen zu bringen, die der parlamentarischen Behandlung zugeleitet werden können. Das bedeutet: Die grundlegenden Thesen sind erarbeitet und können von beiden Partnern entsprechend ihrer in der Regierungserklärung niedergelegten Absicht getragen werden. Die gesetzlichen Formulierungen stehen bald zur Debatte. Der Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern ist bestimmend.

Vor dieser Zusammenkunft hatte sich CDU-Generalsekretär Biedenkopf zum Wort gemeldet. In einer CDU-Pressemitteilung ließ er am 30. November wissen, FDP und SPD könnten sich überhaupt nicht verständigen, denn die Ziele von SPD und FDP seien miteinander unvereinbar. Die Bemühungen um Kompromisse würden lediglich zu dem Zwecke angestellt, sich der Verwirklichung des Reformversprechens der beiden Koalitionspartner zu entziehen und die Öffentlichkeit durch "Zahlenspielerereien" und "Formelkompromisse" zu täuschen.

Der CDU-Generalsekretär drohte zudem mit der düsteren Prophezeiung, eine Verwirklichung der "Kompromißvorstellungen" würde "die

Voraussetzungen für das Funktionieren der Unternehmensleitung" zerstören. Sie würde außerdem unvereinbar mit den erklärten europäischen Zielen der Koalitionsparteien sein und "uns auch der Möglichkeit berauben, im Bereich des europäischen Gesellschaftsrechtes von unseren Partnern noch ernst genommen zu werden". Es wurde durch den CDU-Generalsekretär also gewissermaßen das Scheitern der Bemühungen von SPD und FDP programmiert.

Doch weder für die SPD noch für die FDP ist der CDU-Generalsekretär kompetent. Er hat das Seine getan, indem er den Landesverbänden der CDU vom Rheinland und von Westfalen-Lippe den Schneid abkaufte, ihre Mitbestimmungs-Beschlüsse auch in Hamburg auf dem CDU-Parteitag zu vertreten. Er hat damit Hans Katzer zurückverwiesen in die Rolle, die ihm vom Dreierkopf der CDU zugedacht ist: Immer davon reden, nie die Verwirklichung erwerben. Aber die Zuständigkeit des Generalsekretärs der CDU reicht nicht bis zur Programmierung von FDP und SPD.

So hat also jeder das Seine. Der CDU-Generalsekretär muß sich zurückziehen auf die Position dessen, der gegen beide Koalitionspartner "System-Schelte" ertönen läßt. Hans Katzers Sozialausschüsse dürfen ihren Eifer dabei bewähren. (Norbert Blüm, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, muß zunächst darüber nachdenken, wie er mit seiner herausfordernden Frage fertig wird, die er seinem bei rororo-aktuell 1972 erschienenen Buch als Titel gegeben hatte: "Reaktion oder Reform / Wohin geht die CDU?"). Die Koalitionspartner SPD und FDP bahnen den Weg: Mitbestimmung kommt.

Am Rande sei vermerkt: Sowohl der Fraktionsvorsitzende der SPD als auch der Parteivorsitzende der FDP stimmen überein in ihrer Aufmerksamkeit für das, was bei einer gesetzlichen Mitbestimmungsregelung zum Wohle der Unternehmen selbst beachtet und gesichert werden muß. Außerdem: Der Innenausschuß des Bundestages hat am 30. November die von den beiden Koalitionspartnern SPD und FDP im Bundestag eingebrachte Vorlage eines neuen Personalvertretungsgesetzes verabschiedet; das Gesetz kann also unverzüglich in zweiter und dritter Lesung im Bundestags-Plenum beraten und beschlossen werden.

(-/3.12.1973/ks/ex)

+ + +

Staat profitiert nicht an steigenden Ölpreisen

Klärende Feststellungen zu aktuellen Steuerproblemen

Von Rainer Offergeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses des Bundestages

In der letzten Zeit stößt man immer wieder auf die Behauptung, der Staat sei Profiteur der gestiegenen Mineralöl-Preise. Flugs forderte z.B. der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß vor wenigen Wochen, der Staat solle die auf dem Mineralöl lastenden Steuern senken. Die Energiedebatte im Bundestag vom 29. November zeigte allerdings, daß auch die Opposition einen gewissen Lernprozeß durchgemacht hat. Strauß wiederholte jedenfalls seine Forderung auf Steuersenkungen nicht.

Eine Senkung der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer auf Mineralölprodukte wäre in der Tat weder ökonomisch noch sozial zu rechtfertigen. Im Gegenteil: Eine solche Maßnahme hätte in ökonomischer und sozialer Sicht negative Wirkungen. Da wir in ganz Europa einen Verkäufermarkt für Mineralölprodukte haben, ist kaum damit zu rechnen, daß eine Steuersenkung an den Verbraucher weitergegeben würde. Eine Steuersenkung würde lediglich die Gewinne der Mineralölwirtschaft und des Handels erhöhen. Aber selbst wenn die Steuersenkung tendenziell zu einem geringeren Anstieg der Preise beitragen könnte, wäre eine solche Maßnahme gegenwärtig ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Solange man das marktwirtschaftliche Prinzip in diesem Bereich noch nicht aufgibt, muß man konsequenterweise von dem marktwirtschaftlichen "Gesetz" ausgehen, daß Preiserhöhungen eine Einschränkung des Verbrauchs und eine Erhöhung des Angebots bewirken. Nur auf diese Weise wird der Versorgungslage, solange man keine Höchstpreise einführt, Rechnung getragen. Die entscheidende soziale Problematik bei einer starken Verteuerung lebensnotwendiger Güter muß dabei auf anderem Wege gelöst werden.

Daß der Staat kein Profiteur der steigenden Treibstoff- und Heizölpreise ist, wurde in der Energiedebatte des Bundestages deut-

lich. Die Bundesregierung hat der Öffentlichkeit die Wahrheit nicht vorenthalten, daß die Energiekrise das wirtschaftliche Wachstum voraussichtlich mindern wird. Eine Verminderung der Wachstumsrate um nur eins vH. würde bei einem zu erwartenden Bruttosozialprodukt von etwa einer Billion DM (1.000 Millionen DM) bei einer Steuerquote von zirka 24 vH. einen Steuerausfall von mindestens 2,4 Milliarden DM zur Folge haben.

Strauß behauptete in der Energiedebatte, daß die gestiegenen Treibstoff- und Heizölpreise zu einer Vermehrung des Mineralölsteueraufkommens führen würden. Er weiß offenbar nicht, daß sich die Mineralölsteuer nicht auf den Preis, sondern auf die Menge der Mineralölprodukte bezieht, von der Preisentwicklung also völlig unabhängig ist. Der Anteil des Fiskus am Mineralölsteuerumsatz ist daher nicht gestiegen, sondern infolge der Preiserhöhungen gesunken. Eine Verminderung des Mineralölumsatzes um 20 vH. würde im kommenden Jahr bei einem geschätzten Mineralölsteueraufkommen von rd. 18 Milliarden DM zu Ausfällen in der Größenordnung von 3,6 Milliarden DM führen. Auch die Umsatzsteuereinnahmen werden - wie sich bei näherer Betrachtung ergibt - durch die Preisentwicklung auf dem Mineralölmarkt kaum steigen, da erhöhten Umsätzen in diesem Bereich geringere Umsätze in anderen Wirtschaftsbereichen gegenüber stehen dürften.

Was uns allen auf den Nägeln brennt - und das war auch die bohrende Frage Herbert Wehners in der Energiedebatte - ist die sich aus den sprunghaft gestiegenen Treibstoff- und vor allen Heizölpreisen ergebende soziale Problematik. Aber auch hier ist festzustellen, daß sich dieses Problem nicht durch eine Steuersenkung lösen ließe. Selbst wenn diese Steuersenkung die Preise beeinflussen würde, so würde sie doch arm und reich völlig gleichmäßig treffen. Bei der Füllung des Heizöltanks für das private Schwimmbad wäre die absolute Ersparnis aufgrund des Steuerverzichts des Staates größer als beim Kauf einer kleinen Menge Heizöl für die Dachkammer. Die soziale Problematik kann daher, solange keine Höchstpreisvorschriften und Rationierungen bestehen, nur durch direkte Hilfen, wie sie von der Bundesregierung bereits angekündigt worden sind, gelöst werden.

Voraussetzung dafür ist jedoch, daß uns hierzu ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Auch aus diesem Grunde muß auf Steuersenkungen nach dem Gießkannenprinzip verzichtet werden.
(-/3.12.1973/ks/ex)

+ + +

Energiekrise und Entwicklungshilfe

Neue Partnerschaft zum gemeinsamen Wohl notwendig

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestags-

Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Auswirkungen des teilweisen arabischen Ölboykotts und der daraus entstandenen Energiekrise in den Industriestaaten auf die Entwicklungshilfe und die Rolle der Entwicklungspolitik in dieser Krise hat begonnen.

Noch wird diese Diskussion zurückhaltend geführt. Und das ist gut so. Denn das Instrument der Entwicklungspolitik ist gerade in dieser Krise hochempfindlich und taugt nicht als Knüppel gegen die arabischen Staaten. Mit Ausnahme Algeriens erhalten die ölproduzierenden arabischen Staaten keine Entwicklungshilfe. Hier mit dem Entzug der Entwicklungshilfe zu drohen, würde höchstens kurzfristig das eigene Selbstgefühl stärken, in der Sache jedoch nichts ausrichten. Eher wäre das Gegenteil zu erwarten, nämlich eine von niemandem gewollte Eskalation, zumal wir auch die Falschen trafen. Wir sitzen dabei auch nicht am längeren Hebel.

Trotzdem ist zu befürchten, daß bei den Bürgern der Industriestaaten auch angesichts der Tatsache, daß Entwicklungshilfe noch nie übermäßig populär war, eine Art von "Rachegedanken" aufkommen könnte und man auf Pressionen mit Pressionen antworten möchte. Das muß man natürlich in alle Überlegungen einbeziehen.

Entwicklungshilfe braucht ein gutes Klima. Für sie müssen die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen vorhanden sein. Schwierigkeiten in einem Industriestaat, die jeder Bürger spürt und deren Ursachen er in dem Verhalten von Ländern sieht, die man zur Dritten Welt zählt, schaffen ein ungünstiges Klima für die Bereitschaft, den Ländern der Dritten Welt zu helfen. Dabei wird dann leider nicht mehr differenziert werden. Es wäre falsch, davor die Augen zu verschließen.

Ein längeres Andauern der Energiekrise in den Industriestaaten wird auch die wirtschaftliche Basis der Entwicklungshilfe notgedrungen schwächen. Die Industriestaaten müssen einen Rückgang ihrer Volkseinkommen einkalkulieren. Hinzu kommen zusätzliche Aufwendungen, neue Energiequellen zu erschließen.

Die Versuche, mit wirtschaftlicher Macht politischen Druck auf uns auszuüben, verstärken nur die Anstrengungen, wirtschaftlich unabhängiger zu werden. Seit Jahren bemühen sich Entwicklungspolitiker

um eine bessere Weltarbeitsteilung. Die jetzige Entwicklung aber fördert Autarkiedenken. Wenn wir schon durch Vernachlässigung eigener Energiequellen zugunsten von Ölimporten jetzt in Schwierigkeiten gekommen sind, wird mancher argumentieren, dann wollen wir das wenigstens nicht auch noch im Bereich der industriellen Fertigung. Man wird die auslachen, die immer wieder gefordert haben, gewisse Produktionen ganz in die Entwicklungsländer zu verlagern.

Vielleicht aber - und das ist zu hoffen - wird aus der Energiekrise auch ein Lernprozeß, schafft es einen Wandel im Denken vieler, die bisher glaubten, weil man bis vor kurzem allein im Besitz der wirtschaftlichen Macht war - und die Araber haben das Ausnutzen wirtschaftlicher Macht ja nicht erfunden -, brauche man keine Rücksicht zu nehmen auf die, die weniger wirtschaftliche Macht haben. Mancher erhofft heute die Solidarität der Entwicklungsländer in ihrem mäßigen Einfluß auf die Ölproduzierenden Länder, der nie daran geglaubt hatte, daß er einmal die Hilfe der Hilfsbedürftigen brauchte.

Bisher fühlten sich die Industriestaaten in der Rolle der Mächtigen. Jetzt fallen manchem bei uns die Schuppen von den Augen. Auch die einst so Schwachen haben Macht. Nur ist dabei zu hoffen, daß die Schuppen nicht auf die Augen anderer fallen, die jetzt ihrerseits glauben könnten, sie besäßen nun die Macht, um die Industriestaaten nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. Auch diese Macht hat ihre Grenzen. Vielleicht lernen wir alle zusammen, daß in dieser Welt niemand mehr ganz unabhängig sein kann. Wir sollten die gegenseitige Abhängigkeit nutzen, um daraus zur Partnerschaft zu kommen. Wir brauchen die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt. Sie aber brauchen auch unser technisches Wissen.

Wir wissen mittlerweile alle, daß auch nach Lösung des Nahostkonflikts die Dinge nicht mehr so werden, wie sie noch vor einem Jahr waren. Energieknappheit und -verteuerung deutete sich doch schon seit Monaten an, wie auch die Preise für fast alle Rohstoffe in die Höhe kletterten. Den Bürgern der Industriestaaten wird vielleicht deutlich geworden sein, daß ihr hoher Lebensstandard auch auf niedrigen Rohstoffpreisen beruht: wenn man so will, auf einer Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Wer ehrlich ist, der wird auch nicht verlangen können, daß die Produkte der Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika weiterhin zu niedrigen Preisen an uns, unsere Industrieprodukte aber zu ständig steigenden Preisen an sie verkauft werden. Außerdem muß man auch Verständnis aufbringen für die Länder, die ihre Bodenschätze nicht innerhalb weniger Jahre erschöpfen wollen, um dann vor dem totalen Nichts zu stehen.

Wir brauchen eine neue Partnerschaft, um die vorhandenen Ressourcen zum gemeinsamen Wohl besser zu nutzen. Und zu den Ressourcen zählen nicht nur Bodenschätze, sondern auch menschliches Wissen und Können. Dabei sollten wir jedoch auch nicht die vergessen, die über beides vorerst nur unzureichend verfügen.

(-/3.12.1973/ks/ex)

+ + +